

## WA13 Fossile Abhängigkeiten beenden und Fracking stoppen - in Niedersachsen und anderswo!

Gremium: LAG Energie & Atom  
Beschlussdatum: 07.04.2026  
Tagesordnungspunkt: 6. Weitere Anträge

### Antragstext

1 Die aktuelle Lage macht es dringlicher denn je, dass wir die Energiewende in  
2 Richtung 100% erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus fossilen Energien wie  
3 Gas, Kohle und Öl beschleunigen. Nur der Ausbau von erneuerbaren Energien,  
4 Speichern und erneuerbaren Wärmequellen sind eine verlässliche Möglichkeit, um  
5 uns unabhängiger zu machen, eine klimaneutrale Zukunft zu garantieren und die  
6 Kosten für Menschen und Industrie zu senken. Jede Investition in fossile  
7 Infrastruktur oder Ausweitung von fossiler Öl- und Gasförderung ist teuer,  
8 klimapolitisch fatal und schafft Strukturen der Vergangenheit. Daher kämpfen wir  
9 für einen beschleunigten Ausbau der Energie- und Wärmewende.

10 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Erdgasförderung mit der Fracking-Methode  
11 als große Gefahr, die zu Umweltkatastrophen mit Chemikalien,  
12 Grundwasserverschmutzungen, hoch klimaschädlichen Methan-Austritten und auch  
13 Erdbeben führen kann. Besonders die Menschen in Niedersachsen würden unter einer  
14 flächendeckenden Industrialisierung der Landschaft mit zahlreichen Gasbohrungen  
15 leiden, da hier ein Großteil der Schiefergas-Vorkommen vermutet werden. Dabei  
16 widersprechen wir der Gaslobby, denn auch neue Technologien und weitere  
17 Forschung würden die dramatischen Umweltschäden und Gesundheitsschäden bei den  
18 Bürgerinnen und Bürgern beim Fracking nicht ausschließen. Deshalb appellieren wir  
19 an die SPD, die Schiefergas- Fracking-Pläne der CDU weiter zu blockieren  
20 und lehnen jegliche Forderungen nach Fracking bei uns und anderswo ab. Es kann  
21 darf keine sogenannte „ergebnisoffene Debatte“ über Fracking und sogenannte  
22 neue Fracking-Methoden wie vom Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche  
23 gefordert geben, denn es ist aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse seit 2017  
24 durch das Wasserhaushaltsgesetz grundsätzlich gesetzlich verboten. Bündnis  
25 90/Die Grünen lehnen konsequent eine Gesetzesänderung für Fracking ab.

26 Weitergehend erkennen wir an, dass auch in der Lieferkette von Flüssigerdgas  
27 (LNG) dieses Erdgas hauptsächlich mit der Fracking-Methode in den USA gefördert  
28 wird und dass es dort auch zu den oben genannten und weiteren Problemen kommt.  
29 Unter anderem wird auch direkt in Wohnsiedlungen oder auf heiligen indigenen  
30 Gebieten Fracking betrieben, es gibt immer wieder Störfälle und vor allem  
31 einkommensschwache und People of Color Anwohnende leiden unter den  
32 überdurchschnittlich hohen Krebsraten durch die fossile Industrie. Dies ist ein  
33 weiterer Aspekt, warum wir uns für einen Gasausstieg mit einer beschleunigten  
34 Energie- und Wärmewende einsetzen.

35 Aufgrund der aktuellen fossilen Krise durch den Handelsstreit mit den USA und  
36 den aktuellen Kriegen sehen Bündnis 90/Die  
37 Grünen zunehmend hohe Abhängigkeiten - und damit Epressbarkeit - von Öl- und  
38 Gasimporten als Risiko für die Energieversorgung Europas und als konkrete Gefahr  
39 für die Lebenshaltungskosten der Menschen, sowie als Gefahr für unsere  
40 Industrie. Die Folgerung daraus darf aber nicht sein, in Deutschland mehr Erdgas  
41 mit der Fracking-Methode zu fördern, sondern wir setzen uns verstärkt für einen

42 Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen sozial gerechten Gasausstieg ein,  
43 um uns unabhängiger und als Staat resistenter zu machen.

44 Bündnis 90/Die Grünen werden

45 Niedersachsen konsequent unabhängig von fossilen Energieträgern und -importen  
46 machen mit einem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und  
47 Energiesparmaßnahmen. Wir verpflichten uns, Niedersachsens Energiebedarf bis  
48 spätestens 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken. Im Jahr 2035 werden  
49 wir bereits 90% erreichen. Die zukünftige Nutzung von Erdgas und Erdöl, sowie  
50 die Förderung müssen sich an den Klimazielen ausrichten. Wir setzen uns beim  
51 Bund dafür ein, die Nutzung und Förderung von Erdgas und Erdöl schnellstmöglich  
52 mit Blick auf die Klimaziele zu beenden.

53 Angesichts des Ausbaus der erneuerbaren Energien fordern wir eine Überprüfung  
54 der bestehenden und zukünftigen Kapazitäten für LNG-Terminals in Deutschland, um  
55 fossile Überkapazitäten und Lock-In-Effekte zu vermeiden. Dazu gehört auch zu  
56 prüfen, ob das in Wilhelmshaven geplante feste Terminal nicht ausschließlich für  
57 den Import von Ammoniak als grünen Wasserstoff-Derivat genutzt werden sollte.  
58 Die Nutzung von CCS und CCU sehen wir sehr kritisch.

59 Wir sprechen uns aus, dass Wilhelmshaven eine Drehscheibe für grünen Wasserstoff  
60 werden soll, dazu gehören Wasserstoff-Elektrolyseure für grünen Wasserstoff aus  
61 erneuerbaren Strom und der Import insbesondere für Ammoniak, um grünen  
62 Wasserstoff als Derivat für unsere Industrie zu nutzen, statt fossiles Erdgas zu  
63 importieren.

64 Wir wenden uns gegen jegliche Abschwächung des Naturschutz- des Umweltrechtes  
65 und der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zu gunsten von Industrieprojekten. Wir  
66 setzen uns dafür ein, dass bei der Flächennutzung vorrangig bereits versiegelte  
67 Flächen wie alte Industrieflächen für weitere geplante Projekte genutzt werden.

68 Wir Mitglieder und Funktionsträger\*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns  
69 deshalb auf allen Ebenen unseres politischen Wirkens dafür ein, dass ...

70 ● kein Fracking hier in Niedersachsen oder anderswo in Deutschland erlaubt wird  
71 und das Fracking-Verbot dauerhaft bleibt.

72 ● ein Ammoniak-Importterminal für grünen Wasserstoff gebaut wird und wir sehen  
73 CCS/CCU kritisch.

74 ● keine Aufweichung von Umwelt- und Naturschutzstandards stattfindet.

75 ● die Abhängigkeiten von fossilen Gasen insbesondere von Fracking-LNG  
76 schnellstmöglich durch einen rapiden Ausbau der Energie- und Wärmewende beendet  
77 werden.

78 ● die EU-Methanverordnung nicht aufgeweicht, sondern vollständig umgesetzt wird,  
79 da sie ein zentrales Element der Reduzierung von Methanemissionen ist.

80 ● der vollständige Gasausstieg auf allen Ebenen durch eine forcierte Energie-  
81 und Wärmewende auf 2035 vorgezogen wird.